

Flexibel auf Kosten der Beschäftigten?

Immer mehr Unternehmen richten langfristige Arbeitszeitkonten ein. Das ist jedoch kein Patentrezept zur Flexibilisierung der Arbeitszeit, zeigt eine Fallstudie des IAT* in Großbetrieben auf.

Empirisch belegte Daten, wie viel Zeitguthaben sich auf Langzeitkonten angesammelt haben und wie Beschäftigte sie nutzen, gibt es bis heute nicht. Die IAT-Forscher weisen jedoch auf grundlegende Probleme hin, die das Instrument für Beschäftigte unattraktiv machen können.

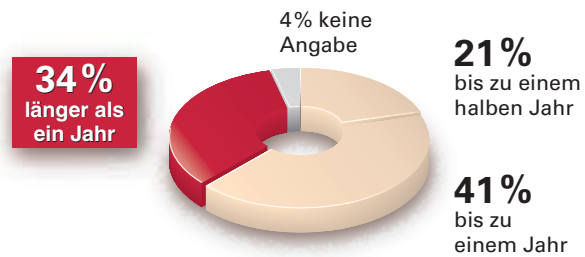
So scheiterte ein Abbau der Überstundenkonten in den untersuchten Unternehmen häufig an der chronisch knappen Personaldecke. Auch in Zeiten mit wenigen Aufträgen ist ein Abbau der Mehrarbeit nicht möglich, wenn sich die Personalplanung am Minimum orientiert. Drei Unternehmen hatten noch nie Überstunden von Langzeitkonten ausgezahlt. Auf diese Weise verwandeln sich die Konten „unter der Hand zu einem Instrument der Ansammlung struktureller Mehrarbeit“, so die Autoren.

► Vorruhestand ist problematisch

Als Alternative zum Überstundenabbau über längere Auszeiten bietet sich ein früherer Rentenbeginn an. Damit ist jedoch ein Fachkräftemangel absehbar. So rechnen vier von fünf Industrieunternehmen mit einem Ingenieurmangel in spätestens zehn Jahren.

Mehrarbeit: Abbau mit Verzögerung

Ausgleichszeitraum von Arbeitszeitkonten in Unternehmen mit Betriebsrat



Quelle: WSI-Betriebsräte-Befragung 2002/03
© Hans-Böckler-Stiftung 2005

Für die Beschäftigten stellt sich noch eine ganz andere Frage: Wie sollen sie Familie und Beruf besser vereinbaren, wenn sie in jungen Jahren Stunde um Stunde anhäufen?

Mehr als ein Drittel der Unternehmen mit Betriebsrat hat Langzeitkonten. Mit steigender Tendenz: Innerhalb von vier Jahren erhöhte sich der Anteil von Zeitkonten mit einer Laufzeit von über einem Jahr von 22 auf 34 Prozent. Der Anfang 2004 geschlossene Chemie-Tarifvertrag, der Betrieben die Einrichtung von Langzeitkonten ermöglicht, dürfte einen weiteren Verbreitungsschub bringen. ◀

* Thomas Haipeter, Steffen Lehndorff: „Atmende Betriebe, atemlose Beschäftigte?“, Studie des Instituts Arbeit und Technik (IAT) im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, 2004

Download unter www.boecklerimpuls.de

Kurz gemeldet

Flächentarifvertrag: 60 Prozent der deutschen Personalmanager befürworten Flächentarifverträge. Sie plädieren dafür, die Tarifverträge durch Betriebsvereinbarungen zu ergänzen und unterstützen den Erhalt des Tarifvertragssystems. Forderungen nach Abschaffung des Systems finden unter den Personalverantwortlichen keine Mehrheit.

Studie der Univ. Duisburg/Essen im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung

Arbeitslosigkeit: Die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen in Deutschland liegt bei mindestens 6 Millionen. Über 1,6 Millionen Menschen gelten inzwischen als verdeckt arbeitslos. 900.000 von ihnen erhalten entweder eine Altersrente wegen Arbeitslo-

sigkeit oder können, weil zu alt, nicht von der Arbeitsagentur vermittelt werden.

Gutachten des Sachverständigenrats 2004

Exporte: Die deutschen Unternehmen haben im vergangenen Jahr trotz der Euro-Stärke so viel exportiert wie noch nie. Der Wert der Ausfuhren stieg gegenüber 2003 um zehn Prozent auf 731 Milliarden Euro. Der Außenhandelsüberschuss toppte den Rekord von 2003 noch einmal enorm: er stieg um fast 20 Prozent auf 155,6 Milliarden Euro.

Statistisches Bundesamt 2004

Existenzgründung: Die Deutschen können der Selbstständigkeit nur wenig abgewinnen. Für den Aufbau einer ei-

Kosten: Deutschland als Musterschüler

Anstieg Lohnstückkosten in %; 1995 (=100) bis 2003

Portugal	140,3	Frankreich	110,1
Griechenland	137,5	Euro-11	111,7
Niederlande	126,5	Belgien	112,3
Spanien	125,2	Finnland	109,8
Italien	120,5	Deutschland	103,8
Irland	117,0	Österreich	101,4

Quelle: Europäische Kommission, EU-15 ohne Dänemark, Luxemburg, UK, Schweden, exportgewichtet Währungsunion

Nicht wettbewerbsfähig? Im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 1990 bis 94 hat sich der Handelsbilanzüberschuss Deutschlands gegenüber den anderen Teilnehmerländern der Eurozone bis 2003 vervierfacht. Die Lohnstückkosten stiegen in den meisten dieser Länder deutlich stärker.

genen Existenz würden sich lediglich 39 Prozent der Bundesbürger entscheiden. In der gesamten EU wählen da-

gegen 45 Prozent die Selbstständigkeit, in den USA sogar 61 Prozent.

EU-Kommission, Januar 2005

Quellendetails: www.boecklerimpuls.de